



Comeback nach Krise

Die Leiharbeit ist erneut im Aufwind; die IG Metall hält dagegen

►Seite 2



Die Unterstützer

Viel Prominenz unterstützt die Leiharbeits-Initiative der IG Metall

►Seite 2



Betriebsrat gewählt

Ingenieure in der Leiharbeit wehren sich – und gründen einen Betriebsrat

►Seite 3



Doppelt so viel

Auf zwei Werften verdienen Leiharbeiter dank IG Metall gleiches Geld

►Seite 3



Was nun?

Arbeitsministerin von der Leyen wirkt in Sachen Leiharbeit unentschlossen

►Seite 4



KEVIN M.

14 Jahre alt
wird mal Facharbeiter
17,50 Euro Stundenlohn

PAUL M.

14 Jahre alt
wird mal Leiharbeiter
8,50 Euro Stundenlohn

► Initiative Gleiche Arbeit – Gleiches Geld

Das System Leiharbeit ist gescheitert. Deshalb macht die IG Metall Druck, sie will die Leiharbeit begrenzen und fair gestalten. Zum Schutz der Leiharbeiter und der Stammbeschäftigten hat sie die Initiative „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ gestartet.

Die Leiharbeit kehrt zurück. Branchenexperten rechnen für die Zeit nach der Krise mit bis zu 2,5 Millionen Leiharbeitern. Vorausgesetzt, gesetzlich bleibt alles beim Alten.

Das will die IG Metall verhindern. Der Erste Vorsitzende Berthold Huber nimmt die Politik in die Pflicht: Sie habe dafür zu sorgen, dass Leiharbeiter einen Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Sonst sei zu befürchten, „dass die Leiharbeit die normalen Arbeitsverhältnisse auffrisst“.

Der Zweite IG Metall-Vorsitzende Detlef Wetzels fordert: „Leiharbeit muss reguliert werden!“ Das sei das Hauptanliegen der neuen Initiative. Und ihre politische Kernforderung laute: „Sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie Leiharbeit in nationales Recht!“

Die Richtlinie der Europäischen Union (EU) zur Leiharbeit von Ende 2008 fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit („equal pay“) und die zeitliche Befristung von Leiharbeit. Zudem dürfen Tarifverträge laut EU nur gering-

fügig vom Grundsatz der Gleichbehandlung abweichen.

Prominente Unterstützer

Die IG Metall hat prominente Schirmherren für ihre Initiative gewonnen: die früheren Arbeitsminister Walter Riester (SPD), Norbert Blüm (CDU) und Herbert Ehrenberg (SPD). Auch die Unterstützer der Initiative haben Rang und Namen, zu ihnen zählen der „Wirtschaftsweise“ Peter Bofinger und der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach.

Die Bundesregierung hat noch nicht eindeutig zu erkennen gegeben, ob und wie sie das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) reformieren will. Obwohl das AÜG gegen EU-Recht verstößt, weil es den Missbrauch der Leiharbeit legalisiert, indem es den unbegrenzten Einsatz von Leiharbeitern zulässt.

Die IG Metall will ein breites gesellschaftliches Bündnis schmieden, möglichst viele Menschen davon überzeugen: „Wenn

schon Leiharbeit, dann fair!“ Prompt haben auf einer Betriebsrätekonzferenz von Continental Automotive 120 Arbeitnehmervertreter aus 21 Standorten mit 26 000 Beschäftigten erklärt, die Initiative der IG Metall zu unterstützen.

Vor zwei Jahren, 2008, hat die IG Metall die Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ gestartet. Bundesweit sind rund 500 Besservereinbarungen für Leiharbeiter durchgesetzt worden. Aber das genügt nicht.

Die Leiharbeit ist seit ihrer Deregulierung 2003 für hunderttausende Beschäftigte zur Sackgasse geworden. Ihre Chance auf eine feste Stelle ist gering; ihr Risiko, arbeitslos zu werden, groß – Leiharbeit ist ein Schleudersitz, in der Krise hat fast jeder dritte Leiharbeiter seinen Job verloren.

Die IG Metall steht mit ihrer Kritik an der Leiharbeit nicht allein. Sie hat eine repräsentative Umfrage bei TNS Infratest in Auftrag gegeben. Das Ergebnis: ein vernichtendes Urteil

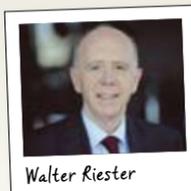
gegen die Leiharbeit. Die Mehrheit lehnt sie ab. Vier von fünf Bürgern halten sie „für eine moderne Form der Ausbeutung“, auch 68 Prozent der CDU/CSU-Anhänger stimmen dem zu. 79 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass Leiharbeit zunehmend reguläre Stellen ersetzt. 85 Prozent meinen, dass Leiharbeit zu Lohndumping führt. 88 Prozent fordern von der Politik ein Gesetz, damit gleiche Arbeit auch gleich bezahlt wird.

ALLE INFORMATIONEN AUF:
► www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

Die Schirmherren der Initiative

„Flexible Arbeitswelt ja, aber gleiche Arbeitsleistung muss auch gleich entlohnt werden. Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Leiharbeit in deutsches Recht ist eine gute Gelegenheit, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.“

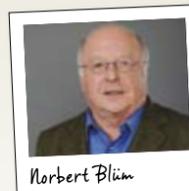
Walter Riester, Bundesarbeitsminister von 1998 bis 2002 (SPD)



Walter Riester

„Leiharbeit dient in vielen Unternehmen dazu, die Einkommen massiv zu drücken. Missbrauch von Leiharbeit ist kein Einzelfall, sondern fast schon die Regel. Ich erwarte von der Politik, dass Leiharbeit in Deutschland fair gestaltet wird.“

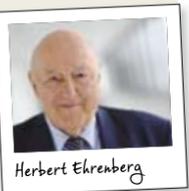
Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister von 1982 bis 1998 (CDU)



Norbert Blüm

„Leiharbeiter arbeiten Seite an Seite mit den fest Angestellten. Sie werden deutlich niedriger bezahlt und haben erheblich schlechtere Arbeitsbedingungen. Ich beobachte das mit Sorge, weil es die Spaltung in unserer Gesellschaft vertieft.“

Herbert Ehrenberg, Bundesarbeitsminister von 1976 bis 1982 (SPD)



Herbert Ehrenberg

Wir unterstützen die Initiative Gleiche Arbeit – Gleiches Geld



Foto: Thomas Ränge

Staat subventioniert Leiharbeit

„Hierzulande verdienen Leiharbeiter nicht nur weniger als Stammbeschäftigte, viele verdienen nicht einmal genug, um davon leben zu können, sie müssen ihr Einkommen aufstocken, erhalten Hartz IV. Der Staat und die Bundesagentur für Arbeit subventionieren also die schlimmsten Praktiken der Leiharbeit.“

Prof. Dr. Gerhard Bosch, Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen



Foto: Hans-Böckler-Stiftung

Niedriglöhne entwickeln Sogkraft

„Langfristig schadet ein Arbeitsmarkt, der in atypisch und normal Beschäftigte gespalten ist, auch den Stammbeschäftigten: Atypische Beschäftigung setzt das gesamte Lohn- und Tarifsystem unter Druck; Niedriglöhne entwickeln eine starke Sogkraft – die Abwärtsspirale dreht sich.“

Dr. Hartmut Seifert, Arbeitsmarktforscher, Düsseldorf

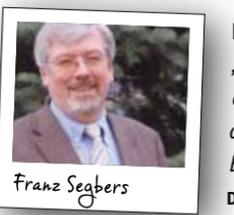


Foto: privat

Politik ist gefordert

„Leiharbeit ist politisch in Gang gesetzt worden. Deshalb ist die Politik jetzt gefordert, die Würde und den Respekt der Leiharbeiter zu schützen. Jeder, der arbeitet, hat Anspruch auf gleiche Bezahlung, gleiche Rechte und gleiche soziale Sicherheit.“

Dr. Franz Segbers, Theologe und Professor für Sozialethik an der Uni Marburg

Appelle nützen nichts

„Der bloße Appell an die Tugend der Arbeitgeber, Stamm- und Leiharbeiter fair zu behandeln, führt in die Sackgasse. Entscheidend sind die Regeln, die vom Parlament beschlossen werden. Sie bestimmen unser Handeln.“

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Jesuitenpater, Wirtschafts- und Sozialethiker, Ludwigshafen

Soziale Leitplanken erforderlich

„Unsere Lebensverhältnisse dürfen nicht in erster Linie vom Markt bestimmt werden. Notwendig sind robuste soziale Leitplanken. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn muss zumindest eine existenzsichernde Entlohnung garantieren.“

Prof. Dr. Peter Bofinger, „Wirtschaftsweiser“ und Geschäftsführer des Volkswirtschaftlichen Instituts der Uni Würzburg



Foto: privat

Konflikte vermeiden

„Ich unterstütze die Initiative der IG Metall, weil die Missachtung gleicher Arbeitsleistung bei gleicher Qualifikation eine Ungerechtigkeit darstellt, die Konflikten in unserer Gesellschaft Vorschub leistet.“

Prof. Dr. Kerstin Jürgens, Soziologin an der Uni Kassel



Foto: privat

Leiharbeiter sind Kollegen

„Leiharbeiter und Festangestellte sollten sich auf Augenhöhe begegnen; sie sind Kollegen, nicht Konkurrenten, sie sollten sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.“

Paul Schobel, Industriepfarrer, Böblingen



Foto: Joachim E. Röttgers

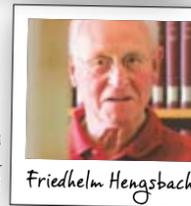


Foto: privat

Comeback nach der Krise



Ingolstadt, 1. Mai: Die IG Metall startet ihre Infotour zur Initiative „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“. Bildmitte: Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Foto: Stephen Petrat

Leiharbeit ist wieder auf dem Vormarsch, die Branche feiert ihr Comeback. Branchenexperten gehen davon aus, dass die Zahl der Leiharbeiter im nächsten Boom auf 2,5 Millionen steigt.

Erste Anzeichen deuten darauf hin, die Zahl der Leiharbeiter wächst seit Monaten. Und nur ein Drittel der bundesweit 503 000 Stellenangebote im März bezog sich auf eine unbefristete Vollzeitstelle; die übrigen zwei Drittel waren Teilzeit-, befristete und Leiharbeiterjobs. Letztere machten sogar 17 Prozent aller Jobangebote aus, 7 Prozent mehr als vor zwei Jahren. Damit ist der Anteil der Leiharbeit an den offenen Stellen gut 10 Mal so hoch wie der Anteil der Leiharbeiter an allen Beschäftigten.

Arbeitnehmerüberlassung sei „längst“ kein „kurzfristiger Flexibilitätspuffer“ mehr, stellte die Bertelsmann-Stiftung fest, sondern „ein eigenständiges, dauerhaftes Beschäftigungssegment“, das aber die Hoffnung der Leihar-

beiter auf einen Übergang in reguläre Erwerbstätigkeit enttäusche: Die Chance auf eine Übernahme liege nur bei 7 Prozent.

Leiharbeit ist kein Sprungbrett in Festanstellung

Die Leiharbeit ist also für die meisten kein Sprungbrett in die Festanstellung, der sogenannte Klebeffekt geringer als bisher angenommen. Kurz: einmal Leiharbeiter – immer Leiharbeiter. Das fordert sogar die Kritik der Bertelsmann-Stiftung heraus: Eine auf Dauer angelegte Ungleichbehandlung von Zeitarbeitnehmern und Stammbeschäftigten entspreche nicht dem Grundverständnis der sozialen Marktwirtschaft.

Die Entleiher schert das nicht. Sie haben in der Krise erlebt, wie schön praktisch Leiharbeit ist: Nie war Heuern und Feuern so einfach wie heute. Leiharbeiter müssen nicht entlassen, sondern nur abgemeldet werden.

In der Krise sind die Leiharbeiter die ersten, die gehen – und die ersten, die kommen, wenn die Konjunktur wieder anzieht. Sollte die Leiharbeit zur vorherrschenden Personalstrategie werden, wären die Folgen katastrophal: Verkleinerung der Stammbeschäftigten, allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Absenkung des Lohnniveaus. Leiharbeit ist nicht nur schlecht für Leiharbeiter.

Leiharbeit: Nach Absturz vor neuem Boom

Entwicklung der Leiharbeiter-Zahlen von März 2005 bis Februar 2010 (in 1000)

Um 69 Prozent ist die Zahl der Leiharbeiter in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren gestiegen – Krise hin, Krise her. Nach dem letzten Höhenflug folgte ab Juli 2008 der Absturz: Fast

eine Viertel Million Leiharbeiter verloren bis April 2009 ihren Job – leise, still und ohne Aufschrei. Seitdem ziehen die Zahlen wieder an – dem nächsten Boom entgegen.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (bis Juni 2009), IW-Zeitvertragsindex (ab Juli 2009) | Grafik: Klaus Niesen



Betriebsrat gewählt

Als die Zeitarbeitsfirma Molis in Hamburg die Arbeitsverträge ihrer Beschäftigten änderte, gab's Ärger. Kurzerhand wählte die Belegschaft einen Betriebsrat.

Foto: picture-alliance.com

„Erfolg braucht gute Mitarbeiter. Wir haben die Besten.“ So lautet der Slogan von Molis High Professionals, wie sich die Verleihfirma an der Rothenbaumchaussee inmitten der Hansestadt vollständig nennt. Ihre 450 Beschäftigten, überwiegend Ingenieure, arbeiten hauptsächlich für den Flugzeugbauer Airbus. Nachdem Molis an eine Investorengruppe verkauft worden war, sollten 2009 auch die Arbeitsverträge ein bisschen umgeschrieben werden. „Keine große Sache“, verlautbarte die Geschäftsführung sinngemäß; „vertraut uns – und unterschreibt mal schnell.“

Tatsächlich steckten „richtige Korken“ in den neuen Verträgen, erinnert sich Alexander Kahl, einer der Betroffenen. Zum Beispiel sollte aus dem Einsatzort „Norddeutschland“ plötzlich „Europa“ werden. Und in Sachen Bezahlung sollten „ein paar Schraubchen enger gedreht werden“.

„Wir bohren ein dickes Brett“

„Da blieb nur eins: einen Betriebsrat wählen!“, sagt Bidar Nariman. Die Wahl

fand im Herbst 2009 statt. Nariman wurde Vorsitzender, Kahl sein Stellvertreter.

Schon vor der Wahl hatte sich der Betriebsrat in spe mit der Geschäftsleitung auf akzeptable neue Arbeitsverträge verständigt. Kahl: „Wir haben dafür gesorgt, dass niemand über den Tisch gezogen worden ist.“

Zu tun hat der Betriebsrat dennoch genug. „Es gibt erhebliches Verbesserungspotenzial“, sagt Alexander Kahl – „von der ordnungsgemäßen Eingruppierung bis zur Reisekostenabrechnung“. Bidar Nariman: „Das Brett, das wir bohren müssen, ist dick.“

8 Prozent mehr

So geht's auch: Der Verleiher Tempestivum hat die Tarifforderung der IG Metall anstandslos akzeptiert. Er zahlt seitdem 8 Prozent mehr Lohn.

Tempestivum heißt auf Latein „zur rechten Zeit“. Die kleine, gleichnamige Leiharbeitsfirma in Hoisdorf bei Hamburg, Anfang 2008 gegründet, ist Mitglied im Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ). Sie erkennt den Tarifvertrag an, den die DGB-Gewerkschaften mit dem IGZ vereinbart haben. Danach gab es 2008 in der Entgeltgruppe 1 einen Stundenlohn von 7,31 Euro (West).

„Zu wenig“, befand Tempestivum-Geschäftsführer Tommy Waholm. „Wir haben gute Mitarbeiter, und die sollen auch gut verdienen.“ Also nahm er Kontakt zur IG Metall-Bezirksleitung Küste in Hamburg auf. Die IG Metall forderte damals in der Metallindustrie 8 Prozent mehr Entgelt. Tempestivum akzeptierte das. Geschäftsführer Waholm: „Wir wollen gutes Personal haben und behalten.“ Ende 2008 schlossen beide Seiten einen Anerkennungstarifvertrag ab. Danach zahlt Tempestivum stets 8 Prozent mehr, als der DGB-Tarifvertrag mit dem IGZ vorsieht.

Schritt für Schritt

Audi, BMW und Siemens sind gute Adressen für Leiharbeitnehmer – dank IG Metall

Schon Ende 2007 konnte der bayerische IG Metall-Chef Werner Neugebauer Erfolg vermelden: Bei Audi und BMW werden Leihkräfte auf Basis des IG Metall-Tarifs entlohnt. Seitdem ist die Stammbesellschaft vor Lohndrückerei geschützt, und die Leiharbeitnehmer erhalten „endlich eine Entlohnung, von der man leben kann“.

Bei Audi in Ingolstadt wurde zudem der Anteil der Leihleute auf fünf Prozent der

Belegschaft begrenzt. Hunderte von ihnen wurden infolgedessen fest eingestellt. Anfang 2009, in der Krise, sorgte der Audi-Betriebsrat für die Gründung der ersten Transfergesellschaft für Leiharbeitnehmer.

Bei Siemens erhalten Leiharbeitnehmer seit Mitte 2009 schrittweise mehr Geld – und ab dem 16. Einsatzmonat „equal pay“ (gleiches Entgelt). Nach 18 Monaten muss ein Übernahmeangebot erfolgen.



Gleiches Geld

Die Volkswerft Stralsund und die Peene-Werft Wolgast sind restrukturiert worden. In den Verhandlungen hat die IG Metall auch für die Leiharbeitnehmer viel herausgeholt.

Foto: fotolia.com

Der entscheidende Punkt der Vereinbarung lautet:

► Ab dem siebten Monat ihres Einsatzes werden die Leihkräfte „nach den jeweils auf den Werften gültigen Entgelttarifverträgen entgolten“. Im Klartext: gleiches Geld nach sechs Monaten! Sie erhalten dann genauso viel wie die Stammbeschäftigten. Das ist nach Aussage des IG Metall-Bevollmächtigten von Stralsund und

Neubrandenburg, Guido Fröschke, „fast doppelt so viel wie vorher“.

Weiterhin wurde geregelt:

► Solange die Stammbeschäftigten in Kurzarbeit sind, ist der Einsatz von Leiharbeitnehmern „grundsätzlich nicht möglich“.
► Wenn Leiharbeitsfirmen eingesetzt werden, dann nur solche, „in denen der DGB-Tarifvertrag gilt“.

Austauschen statt entlassen

Im Ruhrgebiet können Metallunternehmen ihre Beschäftigten vorübergehend austauschen. Eine Alternative zu Kurzarbeit, Entlassungen und – Leiharbeit.

Der Tarifvertrag, den die IG Metall Nordrhein-Westfalen im Dezember 2009 mit den fünf Arbeitgeberverbänden im Ruhrgebiet abgeschlossen hat, gilt für 350 Unternehmen mit 70 000 Beschäftigten. Er ist bundesweit einmalig. Die Idee, die hinter ihm steckt, lautet: Beschäftigte aus Betrieben mit geringer Auslastung arbei-

ten in solchen mit hoher Auslastung. Die Bezahlung bleibt gleich.

Bislang ist der Tarif nur in einer Handvoll Fällen genutzt worden, aber niemand möchte ihn missen. „Die Sache wird interessant und spannend“, erklärte ein Arbeitgeber-Sprecher, „wenn die Konjunktur wieder anzieht.“



Foto: Gabi Ilarraza-Cruz

„Wow!“

Vom ersten Tag an gleiches Geld – und nach drei Monaten Anspruch auf eine Festanstellung: So sieht Leiharbeit bei Curamik im bayerischen Eschenbach aus.

Hat endlich wieder einen festen Arbeitsplatz: Ex-Leiharbeitnehmerin Jeanne-Laure Stumpf

„Wow!“ So reagierte die Leiharbeitnehmerin Jeanne-Laure Stumpf, 52, als sie von ihrem Arbeitgeber, der Zeitarbeitsfirma Manpower, erfuhr, was im Haustarifvertrag steht, den die IG Metall Amberg mit Curamik Electronics geschlossen hat: gleiches Entgelt für vergleichbare Arbeit ab dem ersten Tag und nach zwölf Wochen Einsatz ein Arbeitsplatzangebot!

Der Tarifvertrag ist seit 1. Dezember 2009 in Kraft. 50 Leihkräfte haben schon ein Jobangebot erhalten, und „selbstverständlich“ angenommen, sagt die Betriebs-

ratsvorsitzende Gabi Ilarraza-Cruz. Auch Jeanne-Laure Stumpf, die sich jahrelang als Leiharbeitnehmerin durchschlagen musste.

Neben 432 Stammbeschäftigten arbeiten bei Curamik zurzeit 100 Leihkräfte. Der Automobilzulieferer stellt keramische Leiterplatten zum Beispiel für Hybridautos her, die Produktion schwankt sehr stark, die Firma ist auf Leiharbeitnehmer angewiesen. Für Horst Ott, den Zweiten Bevollmächtigten der IG Metall Amberg, war das Zustandekommen des Tarifvertrags deshalb „eine sachliche Machtfrage“.

